

Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 100-2014
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2014.RRGR.494

Eingereicht am: 25.04.2014

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Rüfenacht (Biel/Bienne, Grüne) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: 1383/2014 vom 19. November 2014
Direktion: Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert



Folgen des Klimawandels im Kanton Bern und entsprechende Reaktion

Die Menschen stossen jedes Jahr mehr Treibhausgase aus. Die neun wärmsten Jahre seit Messbeginn wurden alle nach 2000 gemessen.¹

Der Klimawandel schreitet ungebremst voran, und Lösungen sind in weiter Ferne. Auch die Schweiz wird mit gravierenden Folgen zu kämpfen haben. Die 2°C-Grenze, die von der internationalen Staatengemeinschaft angestrebt wird, soll schon vor 2040 überschritten werden. Bis Ende des Jahrhunderts kann die Durchschnittstemperatur bis 6°C steigen. Gemäss IPCC wird erwartet, dass die Temperaturen im Alpenraum noch mehr ansteigen als im globalen Durchschnitt. Sommertrockenheit, Probleme bei der Trinkwasserversorgung, häufiger starke Unwetter und Überschwemmungen, Geröll- und Felsstürze aufgrund der Schmelze des Permafrosts sowie der Gletscherschwund sind nur einige Auswirkungen.²

Der Klimawandel wird immense soziale und wirtschaftliche Kosten mit sich bringen und stellt somit das grösste globale Umweltproblem des 21. Jahrhunderts dar.

¹ NASA & NOAA, Analysis of Temperature 2012, www.nasa.gov

² CH2011 (2011), Swiss Climate Change Scenarios CH2011, by C2SM, MeteoSwiss, ETH, NCCR Climate, and OCCC, Zurich

Vor kurzem erschienen der zweite³ und der dritte⁴ Teilbericht des fünften IPCC-Berichts. Der zweite Teilbericht diskutiert die sozio-ökonomischen und ökologischen Folgen des Klimawandels und mögliche Anpassungsstrategien (Adaption). Der dritte Teilbericht befasst sich mit den Möglichkeiten der Prävention (Mitigation).

Aufgrund dieser neuen beängstigenden Erkenntnisse wird der Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie reagiert der Kanton Bern auf die neuen beängstigenden Erkenntnisse bzw. auf die aktuellen, oben genannten Teilberichte des 5. IPCC-Berichts?
2. Welche Folgen und Gefahren des Klimawandels werden im Kanton Bern in naher Zukunft (in den nächsten 5 bis 10 Jahren) und in weiterer Zukunft (in mehr als 10 Jahren) erwartet?
3. Wie plant der Kanton Bern, auf diese Folgen und Gefahren zu reagieren
 - a. im Bereich der Symptombekämpfung (Adaption)?
 - b. im Bereich der Prävention (Mitigation)?
 - c. Wo will der Regierungsrat Prioritäten setzen?
4. Welche finanziellen Auswirkungen infolge des Klimawandels werden für den Kanton Bern erwartet?

Antwort des Regierungsrates

Der 2013/14 veröffentlichte 5. Sachstandsbericht des Weltklimarats IPCC bestätigt, dass sich das Klima ändert und dass dies auf menschliche Einflüsse zurückzuführen ist. Im Klimasystem finden seit Mitte des letzten Jahrhunderts vielfältige Veränderungen statt, die in dieser Form, in diesem Ausmass und in dieser Geschwindigkeit wahrscheinlich noch nie aufgetreten sind.

Damit die globale Erwärmung bis Ende dieses Jahrhunderts die 2°C-Grenze nicht überschreitet, ist eine deutliche Reduktion der Treibhausgasemissionen notwendig. Laut IPCC-Bericht ist dieses Ziel noch immer erreichbar. Dazu sind jedoch Instrumente und Massnahmen auf allen politischen Ebenen und in verschiedenen politischen Bereichen erforderlich.

Zu den Fragen im Einzelnen:

1. Der Regierungsrat hat bereits vor dem Erscheinen des 5. IPCC-Berichts auf die Herausforderung Klimawandel reagiert. So ist beispielsweise ein wesentliches Ziel der Energiestrategie 2006 und der darauf basierenden Instrumente und Massnahmen die Reduktion der Treibhausgasemissionen (Mitigation). Auch die Gesamtmobilitätsstrategie 2008, die Raumplanung und die Landwirtschaftspolitik haben unter anderem zum Ziel, die CO₂-Emissionen zu vermindern.
Gleichzeitig ist auch die Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Adaptation) ein wichtiges Thema. So namentlich in den Bereichen Wasserwirtschaft, Umgang mit Naturgefahren, Land- und Waldwirtschaft, Energie, Tourismus, Biodiversität, Gesundheit und Raumplanung.

³ Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability .IPCC Working Group II Contribution to AR5

⁴ Climate Change 2014: Mitigation of Climate Change. IPCC Working Group III Contribution to AR5

Das Amt für Umweltkoordination und Energie (AUE) hat dazu Ende 2010 einen Grundlagenbericht Adaptionstrategie Klimawandel im Kanton Bern veröffentlicht, der auf der Webseite der BVE unter Umwelt > Klimaschutz einsehbar ist⁵.

2. Der Bundesrat hat im ersten Teil seiner Strategie zur Anpassung an den Klimawandel in der Schweiz (aus dem Jahr 2012) die folgenden grössten Herausforderungen identifiziert, die sich direkt aus den Auswirkungen des Klimawandels ergeben:

- Grössere Hitzebelastung in Agglomerationen und Städten
- Zunehmende Sommertrockenheit
- Steigendes Hochwasserrisiko
- Abnehmende Hangstabilität und häufigere Massenbewegungen
- Steigende Schneefallgrenze / Rückgang der Gletscher
- Beeinträchtigung der Wasser-, Boden- und Luftqualität
- Veränderung von Lebensräumen, Artenzusammensetzung und Landschaft
- Ausbreitung von Schadorganismen, Krankheiten und gebietsfremden Arten

Die Folgen und Gefahren des Klimawandels sind im Kanton Bern grundsätzlich vergleichbar mit der übrigen Schweiz. Bei der Schneefallgrenze und dem Rückgang der Gletscher dürften die grössten Veränderungen bis ca. 2035 eintreten, in den anderen Bereichen werden die Hauptveränderungen erst für die zweite Hälfte des Jahrhunderts erwartet.

3. a. Am 9. April 2014 hat der Bundesrat mit dem "Aktionsplan 2014–2019" den zweiten Teil seiner Strategie zur Anpassung an den Klimawandel verabschiedet. Darauf basierend erarbeitet das BAFU zusammen mit den Kantonen momentan einen Bericht zur Bedeutung der Anpassungsstrategie des Bundesrates für die Kantone. Dieser Bericht soll Anfang 2015 erscheinen. Sobald er vorliegt, wird der Regierungsrat eine Standortbestimmung vornehmen und über das weitere Vorgehen und die Prioritäten entscheiden.

In einzelnen Bereichen laufen bereits heute konkrete Massnahmen in Bezug auf die Klimaänderung. So werden beispielsweise im Berner Oberland derzeit die Folgen der Schmelze der Gletscher und der Destabilisierung des Permafrostes auf die Naturgefahren untersucht. Schutzbauten gegen Naturgefahren werden generell robust dimensioniert, so dass sie auch bei grösseren Ereignissen nicht komplett versagen und immer noch mithelfen, das Schadensmass zu begrenzen.

b. Die Schweiz hat sich Ende 2012 zusammen mit der EU und weiteren Staaten verpflichtet, bis 2020 ihre Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 20% zu senken. Zentrale kantonale Instrumente zur Erreichung dieses ambitionierten Ziels sind aus Sicht des Regierungsrates die konsequenten Umsetzungen der Energiestrategie 2006 und der Gesamtmobilitätsstrategie 2008.

c. Prioritär sind einerseits die Reduktion der Treibhausgasemissionen im Gebäudebereich und bei der Energiegewinnung und andererseits die Verstärkung der Instrumente und Massnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Hier liegt der Fokus auf Massnahmen, die auch dann einen Nutzen bringen, wenn der Klimawandel schwächer ausfallen sollte als erwartet.

⁵ <http://www.bve.be.ch/bve/de/index/umwelt/umwelt/klima.html>

4. Die finanziellen Folgen des Klimawandels sind Gegenstand verschiedener Studien. Da jedoch noch keine gesicherten Ergebnisse vorliegen, ist eine seriöse Quantifizierung der direkten und indirekten Kosten, die für den bzw. im Kanton Bern zu erwarten sind, zurzeit nicht möglich.

Entscheidend für die Höhe der künftigen Kosten ist gemäss IPCC, wann wirksame Massnahmen zur Emissionsreduktion und zur Anpassung an den Klimawandel umgesetzt werden. Je später dies der Fall ist, desto weniger werden die Massnahmen voraussichtlich bewirken können bzw. desto teurer wird es sein, dieselben Wirkungen zu erzielen. Gleichzeitig steigen die Kosten, um die bereits eingetretenen Folgen des Klimawandels zu bewältigen.

An den Grossen Rat